



Willkommen bei Freunden
Bündnisse für junge Flüchtlinge

Dokumentation

Fachkonferenz der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ am 17. August 2017 in Mainz

Eine Fachveranstaltung für Vertreterinnen und Vertreter des Landes, der Kommunen und Wohlfahrtsverbände sowie Träger von Flüchtlingsunterkünften



Diese Veranstaltung fand statt in Zusammenarbeit mit:



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Gefördert vom:



deutsche kinder- und jugendstiftung



Inhalt

Einleitung	3
Programm	5
Begrüßung durch die Tagesmoderation.....	7
Grußwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	8
Grußwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Vortrag - Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften	13
Vortrag - Ergebnisse der „Female Refugee Study“ zur psychosozialen Situation von geflüchteten Frauen in und um Mainz.....	13
Parallele Workshops	14



Einleitung

Kinder, Jugendliche und Frauen stellen einen großen Anteil der Menschen dar, die derzeit in Deutschland in Flüchtlingsunterkünften leben. Damit sie geschützt sind, sich sicher fühlen und auf ein förderndes Umfeld treffen, haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und UNICEF gemeinsam mit einem breiten Netzwerk von Partnern im Juli 2016 erstmals bundesweit einheitliche Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften veröffentlicht. Diese wurden bei bundesweit sieben Regionalkonferenzen vorgestellt und diskutiert. Auf Basis dieser Rückmeldung und unter Beteiligung der Mitglieder der Initiative, von bereits tätigen Gewaltschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren sowie von Bewohnerinnen und Bewohnern von Flüchtlingsunterkünften wurden die Mindeststandards überarbeitet und wurden am Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2017 vorgestellt.



Die Mindeststandards gelten als Leitlinie für die Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten in jeder Form von Flüchtlingsunterkunft. Sie bieten eine erste bundesweit einheitliche Grundlage, um den Schutz vor Gewalt sowie den Zugang zu Bildungsangeboten und psychosozialer Unterstützung in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern. Eine bundesgesetzliche Regelung, die vorsieht, dass der angemessene Schutz vor Übergriffen für alle Bewohnerinnen und Bewohner von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, insbesondere von Frauen und Kindern, sicherzustellen ist, wird aktuell erarbeitet.

Aktuell wird in 100 Unterkünften an ausgewählten Standorten bundesweit modellhaft erprobt, wie die Mindeststandards umgesetzt werden können und welche positiven Effekte sich daraus nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch für die Mitarbeitenden in den Unterkünften, die Träger und die Kommunen ergeben.

Zielsetzung der Fachkonferenz ist es, die bei der Umsetzung entwickelten Konzepte und gesammelten Erfahrungen, ‚lessons learned‘ und ‚good practice‘, mit

Ihnen zu diskutieren und anhand konkreter Umsetzungsbeispiele aufzuzeigen, wie eine Implementierung vor Ort gelingen kann. Hierdurch möchten wir Sie als Verantwortliche des Landes und in den Kommunen sowie bei Wohlfahrtsverbänden, Trägern von Flüchtlingsunterkünften und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Einführung von Schutzstandards praxisnah unterstützen.

Die insgesamt sechs bundesweiten Fachkonferenzen sind Teil der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“, die vom BMFSFJ und UNICEF ins Leben gerufen wurde. Die Fachkonferenzen finden statt im Rahmen von „Willkommen bei Freunden – Bündnisse für junge Flüchtlinge“, dem gemeinsamen Programm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und des BMFSFJ. Als einer der Partner



Willkommen bei Freunden
Bündnisse für junge Flüchtlinge

unterstützt das Programm die Fachkonferenz mit der Regionalstelle Rheinland-Pfalz im regionalen Servicebüro in Frankfurt am Main.

Die Vorstellung der bundesweiten Initiative mit den aktualisierten Mindeststandards zum Download finden Sie auf unserer Homepage unter <https://www.willkommen-bei-freunden.de/aktuelles/meldung/mindeststandards-fuer-schutz-in-fluechtlingsunterkuenfte/>.

Im Folgenden erhalten Sie eine Dokumentation der **Fachkonferenz am 17. August in Mainz**. Sie enthält die Grußworte, die Präsentationen, eine Dokumentation der Workshop-Ergebnisse, Materialien aus den Workshops, Fotos sowie die Kontaktdaten des regionalen Servicebüros des Programms in Berlin und die der Konferenzteilnehmenden.

Wir bedanken uns für Ihre Teilnahme an der Fachkonferenz und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Meike Reinecke

Programmleitung „Willkommen bei Freunden –
Bündnisse für junge Flüchtlinge“

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Julia Schneider

Regionalstellenleitung
Rheinland-Pfalz

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung



Programm

Ab 9:30 Uhr	Ankunft und Registrierung
10:00 – 12:10 Uhr	<p>Begrüßung und Tagesmoderation Julia Schneider, Regionalstellenleitung Rheinland-Pfalz, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung</p> <p>Meike Reinecke, Programmleitung „Willkommen bei Freunden – Bündnisse für junge Flüchtlinge“, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung</p> <p>Grußwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz</p> <p>Grußwort des Bundesfamilienministeriums Claudia Keller, Stabsstelle Flüchtlingspolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</p> <p>Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften Nicola Brandt, Child Protection Specialist, Refugee and Migrant Response Germany, UNICEF</p> <p>Ergebnisse der Female Refugee Study zur psychosozialen Situation von geflüchteten Frauen in und um Mainz Ulrike Zier, Wissenschaftliche Leitung am Standort Mainz, Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz</p> <p>Impulse aus der Praxis Astrid Becker, Referatsleiterin Flüchtlingspolitik und Migrantenaufnahme, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz</p> <p>Claus Hensel, Leiter des Sozialamtes der Stadt Mainz</p> <p>Claudia Keller, Stabsstelle Flüchtlingspolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</p>
12:10 – 13:00 Uhr	Mittagspause
13:00 – 15:00 Uhr	<p>Workshop-Phase</p> <p>Workshop 1 – Fokus „Kinder“ mit folgenden Beispielen: Kinderfreundliche Orte (child friendly spaces) in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil</p> <p>Das Projekt „Familiencoach“ der Stadt Mainz, des Psychosozialen Zentrums für Flucht und Trauma (PSZ) und der Stiftung JUVENTE</p> <p>Moderation: Meike Reinecke, Programmleitung "Willkommen bei Freunden - Bündnisse für junge Flüchtlinge", Deutsche Kinder- und Jugendstiftung</p>



Workshop 2 – Fokus „Jugendliche“ mit folgenden Beispielen:

Jugendsozialarbeit in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften am Beispiel Mainz

Aufsuchende Jugendarbeit des Jugendamtes Koblenz

Erfahrungen der Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz

Moderation: Dagmar Gendera, Regionale Programmleitung im Servicebüro Frankfurt von "Willkommen bei Freunden - Bündnisse für junge Flüchtlinge", Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Workshop 3 – Fokus „Frauen“ mit folgenden Beispielen:

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zu frauenspezifischen Schutzmaßnahmen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes

Wohngruppe für geflüchtete Frauen des Sozialdienstes Katholischer Frauen, Mainz

Frauenvernetzungsstelle Gewaltschutz für geflüchtete Frauen

Projekt MiMi - MigrantInnen für MigrantInnen Schifferstadt

Moderation: Astrid Becker, Referatsleiterin Flüchtlingspolitik und Migrantenaufnahme, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

15:00 –15:30 Uhr

Abschlussplenum – Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse, Feedback und Ausblick

Dr. Daniel Asche, Leiter der Abteilung Integration und Migration, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

Burkhard Müller, Geschäftsführender Direktor, Landkreistag Rheinland-Pfalz

Claudia Keller, Stabsstelle Flüchtlingspolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

15:30 Uhr

Ende der Veranstaltung



Willkommen bei Freunden
Bündnisse für junge Flüchtlinge

Begrüßung durch die Tagesmoderation

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich heiße Sie herzlich Willkommen zur Fachkonferenz der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ hier in Mainz für das Land Rheinland-Pfalz!



Es ist die zweite von insgesamt sechs regionalen Konferenzen bundesweit. Alle Konferenzen haben das Ziel, Sie als Verantwortliche in Ländern, Kommunen und bei Trägern durch eine praxisnahe Vorstellung bei der Einführung von Mindeststandards zu unterstützen. Zu unterstützen dabei, Frauen, Kinder, Jugendliche und andere Schutzbedürftige Gruppen in Flüchtlingsunterkünften vor Gewalt zu schützen und ihnen ein förderndes Umfeld zu bieten. Wir stoßen mit diesem Thema bei den Entscheidungsträgerinnen

und -trägern auf eine überwältigende Resonanz. Das freut uns angesichts der Dringlichkeit des Ziels, das wir nur im Dialog und gemeinsam erreichen können.

Wir als Deutsche Kinder- und Jugendstiftung sind Teil der Initiative und engagieren uns seit über 20 Jahren für die Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Risikolagen. Seit 2015 setzen wir mit dem Bundesfamilienministerium das Programm „Willkommen bei Freunden – Bündnisse für junge Flüchtlinge“ um. Unser Programm arbeitet mit sechs regionalen Büros im Bundesgebiet. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Servicebüro Berlin und Frankfurt am Main sind heute auch anwesend – sprechen Sie sie gern an. Sie unterstützen die Kommunen dabei, geflüchtete Kinder und Jugendliche bei ihrer Ankunft gut aufzunehmen und besser zu integrieren. Dabei steht – wie der Begriff „Bündnis“ im Namen schon sagt – die Kooperation der Akteure in den Kommunen im Mittelpunkt. Zunehmend treten dabei auch die geflüchteten Menschen selbst, als Akteure ihrer eigenen Belange, in den Blick.

Wir führen die insgesamt sechs Fachkonferenzen der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium und UNICEF durch. Besonders freuen wir uns über das hohe Interesse, dass das Land Rheinland-Pfalz an dieser Konferenz hier in Mainz hat. So haben wir die Konferenz gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung sowie dem Ministerium für Inneres und Europa geplant und auch dazu eingeladen.

Danke an Sie alle für Ihr Interesse und Ihr Kommen, denn nur ressortübergreifend und vernetzt können wir an diesem wichtigen Thema weiterarbeiten!



Grußwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Damen und Herren,

als das Bundesfamilienministerium in diesem Frühjahr die Bundesländer gefragt hat, wer Interesse an einer gemeinsamen Fachkonferenz mit der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ hat, hat das rheinland-pfälzische Integrationsministerium sofort Interesse signalisiert.



Unser zuständiges Fachreferat arbeitet selbst intensiv am Thema und war seinerzeit mit der Erstellung des „Konzeptes zum Gewaltschutz und zur Identifikation von schutzbedürftigen Personen in Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-Pfalz“ befasst. Die Fachveranstaltung traf also den richtigen Nerv.

Das Interesse an der heutigen Veranstaltung ist überaus groß – über 130 Teilnehmende aus ganz verschiedenen Bereichen sind an-

gereist: von Hilfs- und Sozialverbänden, Universitäten, Stiftungen, Behörden, Instituten, Vereinen und Initiativen. Diese große Resonanz und Ihr Interesse freuen mich sehr!

Besonders begrüßenswert finde ich auch, dass bei der Organisation mit dem Städte- und Landkreistag Rheinland-Pfalz zusätzlich zwei kommunale Spitzenverbände als Kooperationspartner mit ins Boot geholt werden konnten. Wir begrüßen den Austausch und die Zusammenarbeit sehr. Wir sind überzeugt, dass die Beteiligung der verschiedenen Ebenen mit Unterschieden in ihren Strukturen, Zuständigkeiten, Kompetenzen und Möglichkeiten die Veranstaltung nur bereichern können. Trotz einiger Unterschiede ist die Fachkonferenz gleichzeitig auch von einer gemeinsamen Zielrichtung geprägt: nämlich einen bestmöglichen Schutz von Menschen in Flüchtlingsunterkünften zu ermöglichen. Ein besonderer Dank am heutigen Tag gilt dem Bundesfamilienministerium und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, die die Veranstaltung initiiert und finanziert haben.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen ist nicht neu, dass die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen mit vielfältigen Herausforderungen verbunden ist. Nach dem Flüchtlingszuzug 2015 haben sich die Zugangszahlen aus verschiedenen Gründen deutlich reduziert. 2016 hat Rheinland-Pfalz rund 17.500 Menschen aufgenommen. Im ersten Halbjahr 2017 waren es rund 4.200 Personen.

Ziel der Landesregierung in Rheinland-Pfalz ist es, nach der Bewältigung der hohen Zugänge und der Sicherstellung der Versorgung im Jahr 2015 und 2016 nun die Qualität von Unterbringung und Versorgung in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in den Blick zu nehmen. Schließlich haben Geflüchtete vor dem Transfer in die Kommune dort durchschnittlich drei Monate ihren Lebensmittelpunkt. Wir ergreifen daher gezielt Maßnahmen, um die Qualität der Unterbringung zu verbessern.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Das Anliegen ihnen Schutz und Sicherheit in der Erstaufnahme in unserem Land zu gewährleisten haben wir auch im Koalitionsvertrag fixiert.



Bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten orientiert sich Rheinland-Pfalz an der EU-Aufnahmerichtlinie vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen. Diese Richtlinie legt Mindeststandards und Normen für die Unterbringung von Schutzsuchenden für ein menschenwürdiges Leben fest. Darauf aufbauend haben wir in Kooperation mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und weiteren Partnern im Juni 2017 ein Gewaltschutzkonzept für die Landeseinrichtungen in Rheinland-Pfalz vorgelegt. Das Konzept nimmt folgende, vulnerable Personengruppen in den Blick: Frauen, Kinder, Jugendliche, Familien, traumatisierte und behinderte, homo- oder bisexuelle, transidente und intersexuelle Flüchtlinge (LSBTI).

Zusätzlich berücksichtigt das rheinland-pfälzische Konzept den Schutz aller Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Beschäftigten in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Es beinhaltet sowohl Präventionsmaßnahmen als auch eine schnelle Intervention bei Gewaltvorfällen und enthält räumliche und personelle Schutzmaßnahmen. Zu den Maßnahmen zählt beispielsweise die Unterbringung in Frauenfluren verbunden mit einem Betretungsverbot für Männer und die Überwachung möglichst ausschließlich durch weibliches Personal. Das grundsätzliche Anliegen ist es, schutzbedürftige Personen bedarfsorientiert in den am besten geeigneten Einrichtungen unterzubringen. Begleitend zur Konzept-einführung gibt es Fortbildungen für alle Mitarbeitenden und Schulungen zur Sensibilisierung für die Thematik. Konkretere Ausführungen zum Konzept erfolgen später am Vormittag in einer Gesprächsrunde.

Meine Damen und Herren, der Weg, den wir in Rheinland-Pfalz gehen, zeigt in die richtige Richtung. Der UNHCR hat dieses Jahr zwei rheinland-pfälzische Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende besucht und sich über Verfahren und Rahmenbedingungen der Erstaufnahme informiert. Dabei gab es erfreuliche Rückmeldungen, unter anderem auch zu unserem Gewaltschutzkonzept. Ein Zitat aus dem Feedback vom UNHCR lautet: „Das beschlossene Konzept enthält nach unserer Einschätzung eine Vielzahl von wichtigen Schutzmaßnahmen, inklusive der Identifizierung von besonderen Bedarfen bereits in der Aufnahmephase, und nimmt dabei die Bedürfnisse verschiedener Personengruppen in den Blick. Wir haben uns (...) sehr gefreut zu hören, dass Sie das betreffende Konzept als ein fortlaufendes Konzept für die Erarbeitung von Maßnahmen zur aktiven Gewaltprävention sowie Etablierung von Interventionsmaßnahmen begreifen.“

Der UNHCR stellte weiterhin heraus, dass eine angemessene und effektive Umsetzung des Konzeptes nur mit der Einbindung und Sensibilisierung einer Vielzahl von Akteure auf allen Ebenen möglich ist. Dazu zählen u.a. Landes- und Polizeibehörden, Betreiber der Einrichtungen, Beraterinnen und Berater, Sicherheitsdienste sowie Bewohnerinnen und Bewohner. Auch muss die Kompetenz externer Stellen in Einrichtungen einbezogen werden. Ein weiterer Appell von UNHCR ist es, die Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner in Flüchtlingsunterkünften weiter auszubauen. Dem wollen wir – denn wir verstehen uns als „lernende Organisation“ – gerne Rechnung tragen und unsere Bemühungen dahingehend weiter ausbauen.

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Rheinland-Pfalz haben nun den Auftrag, das Gewaltschutzkonzept des Landes auf Einrichtungsebene umzusetzen. Wir sind gespannt, wie der Transfer des Konzepts in den Arbeitsalltag gelingt. Prozessbegleitend plant das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Kooperation mit der Fachhochschule Mainz eine Evaluation der Umsetzung – auch um bei Bedarf nachzusteuern.



Wir freuen uns, dass UNICEF heute die Mindeststandards zum Schutz von Menschen in Flüchtlingsunterkünften vorstellt. Besonders begrüßenswert ist aus unserer Sicht, dass in der überarbeiteten, gerade veröffentlichten Version neben Kindern, Jugendlichen und Frauen nun auch Standards für LSBTI und behinderte Geflüchtete formuliert sind.

Das Anliegen meines Integrationsministeriums mit der heutigen Veranstaltung ist es, einen ersten Aufschlag zu machen, um in einem größeren Rahmen und mit verschiedenen Akteuren aus Rheinland-Pfalz themenbezogen zusammenkommen. Auch wenn der Titel der Veranstaltung „Schutz von Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ lautet, so ist selbstverständlich klar, dass die Zielsetzung den Aufenthalt der Menschen in den Flüchtlingsunterkünften überdauert. Heute sind daher auch Schutzmaßnahmen Thema, die im Anschluss an ein Leben in der Unterkunft stattfinden.

Wir freuen uns sehr, dass der Bund mit seiner Expertise unterstützt bzw. die Veranstaltung angestoßen hat. Der Bund hat bereits mehrere vergleichbare Regionalkonferenzen begleitet und dabei Erfahrungswerte gesammelt, die natürlich auch für uns von Interesse sind. Wichtig ist uns neben dem fachlichen Input heute vor allem auch das Kennenlernen von Akteurinnen und Akteuren, der Austausch von Erfahrungen und über Aktivitäten und Projekte. Aus Landessicht interessieren uns immer auch folgende Fragen: Was bewegt Sie in den Kommunen, bei freien Trägern, aber natürlich auch als Beschäftigte des Landes? Was sind Ihre Erfahrungen? Was sind Herausforderungen, mit denen Sie konfrontiert sind? Was haben Sie auf die Beine gestellt? An welchen Stellen hakt es? Wo können wir uns gegenseitig unterstützen?

Ein großer Wunsch für heute ist es, dass wir diese Fachkonferenz mit einigen konkreten Verabredungen beschließen. Wir wollen heute herausfinden, wo Handlungs- und Entwicklungsbedarfe liegen und wo weitergearbeitet werden sollte – das wollen wir gerne verbindlich vereinbaren und nach der Konferenz weiterverfolgen.

Ich wünsche Ihnen allen eine produktive Fachkonferenz mit interessanten fachlichen Informationen und einem regen Austausch.

Vielen Dank.



Grußwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Fernsehen und in Zeitungen spielen geflüchtete Menschen nicht mehr die große Rolle wie vor zwei Jahren. Das ist gut; denn die Aufnahme dieser Menschen ist nicht die Existenzfrage, zu der sie von manchen aus politischem Kalkül gemacht wurde. Das ist aber kein Grund, die Geflüchteten aus den Augen zu verlieren. Es kommen noch immer Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten zu uns. Jeden



Monat, jede Woche, jeden Tag. Unter ihnen sind viele Kinder, Jugendliche und Familien, aber auch Frauen und andere Menschen, die Schutz brauchen, zum Beispiel Schwule und Lesben, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Wenn sie bei uns ankommen, stehen Schutz und Versorgung an erster Stelle. Der französische Historiker Jean Jaurès hat einmal gesagt: „Die größten Menschen sind jene, die anderen Hoffnung geben können.“

Sie setzen sich für diese Menschen und ihre Rechte ein. Sie helfen ihnen, ihre Hoffnung auf Frieden, Sicherheit und eine bessere Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Sie stehen für die Menschenrechte derer ein, die auf unseren Schutz und unsere Hilfe angewiesen sind. Dafür möchte ich mich heute ausdrücklich bedanken und Sie herzlich willkommen heißen zur Fachkonferenz der „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“.

Wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen auf engstem Raum zusammenleben müssen, kommt es zu Konflikten. Sexuelle Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen macht deutlich, warum diese Menschen besonders schutzbedürftig sind. Schon die Anzahl der Vorfälle zeigt: Es sind keine Einzelfälle. Die Vorstellung, dass jemand, der es geschafft hat, vor Gewalt zu fliehen, wieder Opfer von Gewalt wird, ist unerträglich. Kein Mensch soll in unserem Land in Angst vor Gewalt leben!

Mit diesen Herausforderungen wollen wir die Menschen, die Träger von Einrichtungen und die vielen Engagierten in der Flüchtlingshilfe nicht alleine lassen. Deshalb sind wir heute hier. Um uns darüber auszutauschen, was gut funktioniert. Aber auch, wo wir besser werden müssen. Zudem sprechen wir heute darüber, wie wir den Schutz von zu uns geflohenen Menschen weiter verbessern und ihnen das Ankommen in unserer Gesellschaft erleichtern können.

Das Bundesfamilienministerium hat bereits 2016 mit UNICEF und den Wohlfahrtsverbänden eigene Mindeststandards als Leitlinie für den Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften erarbeitet. Weil es nicht vom Zufall abhängen darf, in welche Einrichtung ein Kind oder eine allein reisende Frau kommt und ob es dort ein Schutzkonzept gibt oder nicht. Und weil wir bei Verdachtsfällen oder einer Gewalttat klare Verfahren und Verantwortlichkeiten brauchen, damit schnell und angemessen reagiert wird.

Jetzt liegt die Neuauflage dieser Mindeststandards vor. Grundlage dafür sind zum einen die Ergebnisse einer Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern von Flüchtlingsunterkünften, die Plan International in Hamburg durchgeführt hat. Zum anderen sind in die überarbeiteten Standards Erfahrungen von



Behörden und Verantwortlichen der Flüchtlingshilfe eingeflossen. Ergebnis dieses Arbeitsprozesses ist zum Beispiel, dass wir eigene Annexe für geflüchtete Menschen mit Behinderung und LSBTI -Geflüchtete erstellt haben. Ein breites Netzwerk aus Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft, staatlichen Stellen und Verbänden hat uns dabei unterstützt. Ich kann sie nicht alle aufzählen. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit an alle, die mitgewirkt haben.

Um diese Mindeststandards in die Fläche zu tragen, haben wir eine „Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ auf den Weg gebracht. In der ersten Phase haben wir in bundesweit 25 Flüchtlingsunterkünften Koordinationsstellen für Gewaltschutz eingerichtet, die vor Ort Schutzkonzepte und Mindeststandards erstellt und zum Teil auch schon umgesetzt haben. Wir werden nachher noch Beispiele hören. Diese Initiative stellen wir jetzt auf eine breitere Basis, indem wir in 75 weiteren Einrichtungen Koordinatorenstellen fördern.

Die Initiative wird durch eine eigene Internetseite begleitet, auf der Wissen und Informationen zum Gewaltschutz und für die tägliche Arbeit in Flüchtlingsunterkünften gesammelt und aufbereitet werden. Und wir wollen den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Behörden und Zivilgesellschaft, weiter voranbringen. Dafür begleiten wir die Initiative in diesem Jahr mit sechs Fachkonferenzen.

Im Juni hat zudem der Deutsche Bundestag eine bundesgesetzliche Regelung für die Umsetzung von Schutzkonzepten in Flüchtlingsunterkünften beschlossen. Der Bundesrat wird hierüber am 22. September abstimmen. Wir haben uns seit 2015 immer wieder im Kreis der Bundesregierung und auf allen politischen Ebenen intensiv für eine solche bundesgesetzliche Regelung eingesetzt. Eine gesetzliche Verankerung wird unserer Initiative jetzt noch einmal den Rücken stärken.

Auch die Art, wie Unterkünfte gebaut sind, kann zum Schutz beitragen. Deshalb haben wir das KfW-Investitionsprogramm für bauliche Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften auf den Weg gebracht. 200 Millionen Euro an zinslosen Darlehen stehen hierfür seit März 2015 bereit. Für kurze Wege und abschließbare Waschräume. Damit keine Frau und kein Kind auf dem Weg zur Toilette nachts an 300 Männern vorbeimuss.

Meine Damen und Herren, wir möchten Ihnen heute die überarbeiteten Mindeststandards vorstellen. Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen, um die Mindeststandards weiterzuentwickeln. Und wir möchten Ihnen Anregungen mitgeben, was Sie tun können, um für Geflüchtete mehr Schutz und Sicherheit zu schaffen. Denn die Menschenrechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Eckpfeiler unserer Verfassung. Und sie sind nicht verhandelbar. Lassen Sie uns gemeinsam den Schutz vor sexueller Gewalt in Flüchtlingsunterkünften weiter verbessern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass alle, die in unserem Land Schutz suchen, auch wirklich sicher sind.

Vielen Dank!



Vortrag - Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften



Der Vortrag findet sich in der Präsentation zum „Gesamtablauf“ in der Anlage.

Vortrag - Ergebnisse der „Female Refugee Study“ zur psychosozialen Situation von geflüchteten Frauen in und um Mainz



Die Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich in der Anlage.



Parallele Workshops

Die Workshops hatten das Ziel, dass alle Beteiligten wissen, welche guten Ansätze und Ideen für Schutz und Sicherheit die Teilnehmenden mitbringen, wie sie an ihre bereits bestehenden Aktivitäten anknüpfen können und welche Herausforderungen sie für die Implementierung von Schutzkonzepten berücksichtigen müssen.



Dafür wurden jeweils Praxisbeispiele vorgestellt und Rückfragen hierzu gestellt. Im weiteren Verlauf wurde entweder in Kleingruppen gearbeitet oder im Plenum weiter diskutiert.

Die Essenzen aus den einzelnen Workshops sowie die von den Teilnehmenden dokumentierten Ergebnisse (wo vorhanden) finden sich ab fotografiert im Folgenden.

Die Präsentationen und Materialien der Referentinnen und Referenten finden Sie in den Anlagen.



Workshop 1 – Fokus „Kinder“ mit folgenden Beispielen:

- Kinderfreundliche Orte (child friendly spaces) in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil
Referentin und Referent: Natalie Anton und Stefanie Ding
- Das Projekt „Familiencoach“ der Stadt Mainz, des Psychosozialen Zentrums für Flucht und Trauma (PSZ) und der Stiftung JUVENTE
Referentinnen und Referent: Silke Kröhl, Petra Matthes und Lukas Ballweg

Moderation: Meike Reinecke, Programmleitung "Willkommen bei Freunden - Bündnisse für junge Flüchtlinge", Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Zentrale Ergebnisse zum Beispiel „Kinderfreundliche Orte (child friendly spaces) in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hermeskeil“

Herausforderungen

- es ist wichtig, kinderfreundliche Orte für Flüchtlingskinder schaffen
- Kinder auf den Transfer von der AfA in die Kommune / Kitabesuch vorbereiten
- Partizipation der Kinder fördern
- Eltern miteinbeziehen
- Defizite bei Kindern erkennen

Vorhandene Lösungsansätze

- verschiedene Angebote für Kinder in der Einrichtung
 - Spielstube für Kinder im Alter von 3-14 Jahren; altersentsprechende Angebote werden vorgehalten; da Teilnehmerkreis täglich variiert werden Angebote situativ angepasst
 - Spielzeugausgabe am Wochenende, wenn Spielstube geschlossen ist
 - bebilderte Kinderrechtewand als Informationspunkt
 - Kinder bewerten Angebote durch Smileys: Feedback als Orientierungspunkt
 - durch einfache Maßnahmen den Eltern und Kindern Abläufe und Strukturen in Deutschland vermitteln, z.B. Mülltrennung, Kinder für den Kindergarten fertigmachen usw.

Perspektiven – was wir noch tun können

- Anregung: Informationsweitergabe von der AfA an Kommune verbessern (Kommune erhält keine/zu wenige Informationen über Kenntnis-/Entwicklungsstand der Kinder, die z.B. für die Eingewöhnung in der Kita hilfreich wären)



Zentrale Ergebnisse zum Beispiel „Projekt „Familiencoach“ der Stadt Mainz mit den Kooperationspartnern (u.a.) PSZ und Stiftung Juvente“

Herausforderungen

- Personen bleiben viel länger in Gemeinschaftsunterkünften (der Stadt Mainz) als eigentlich gewünscht
- Mangel an Kitaplätzen, auch für Flüchtlingskinder
- viele Kinder mit Fluchterfahrungen benötigen psychotherapeutische Begleitung
- Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften wird den Bedarfen von Familien/ Kindern nicht gerecht
- grundsätzlich unzureichende Psychotherapeuten-Kapazitäten (jedoch nicht im Projekt)
- schwankende Resonanz bei Wahrnehmung von Gruppenangeboten (Erreichbarkeit von Familien/ Kindern)
- Bedeutung von Sprache/ Sprachkenntnissen: Sprache ermöglicht Zugang

Vorhandene Lösungsansätze

- Stadt Mainz fördert mit Haushaltsmitteln (Rückfluss Betreuungsgeld) das Projekt Familiencoach (beauftragt u.a. Stiftung Juvente und Psychosoziales Zentrum der Caritas mit pädagogischer und therapeutischer Begleitung von Flüchtlingskindern/-familien)
- Vermittlung von Kenntnissen über das System früher Bildung in Deutschland; Informationen über Betreuungs- und Beratungsangebote im Sozialraum, Kinderrechte etc. vermitteln
- Kindern und Eltern Kontakt zu bestehenden Angeboten und Institutionen vermitteln
- Begleitung von Kindern und Eltern
- Projekt Familiencoach nimmt Einzelfälle in den Blick und hält Gruppenangebote vor
- PSZ Mainz kann auf eigenen Sprachmittler-Pool zurückgreifen
- auf bestehende Angebote/ Maßnahmen im Regelsystem zurückgreifen (Bsp.: Beantragung eines Integrationshelfers für die Begleitung eines Flüchtlingskindes in der Schule)
- Vernetzung von verschiedenen Institutionen/ Fachkräften im Projekt Familiencoach hat Synergieeffekte (durch Abstimmung und verschiedene Zugänge können gezielter Hilfsangebote vermittelt werden)

Perspektiven – was wir noch tun können

- Finanzierung von Projekten sicherstellen
- Angebote v.a. auch im ländlichen Raum vorhalten
- Appell an die Politik, insbesondere um Finanzierung von Angeboten durch kommunale Mittel zu ermöglichen
- Aufklärung der Eltern über Strukturen und Angebote verschiedener Systeme, z.B. durch Einladung von Experten in Gemeinschaftsunterkünfte (z.B. Mitarbeiter vom Jugendamt erläutert Jugendhilfesystem in einfachen Zügen, Integrationscoach der IHK informiert über Ausbildungsangebote)
- Möglichkeit: Unterstützung durch Büro der DKJS in Frankfurt in Anspruch nehmen (z.B. bei Planung von Veranstaltungen für Fachkräfte)



Workshop 2 – Fokus „Jugendliche“ mit folgenden Beispielen:

- Jugendsozialarbeit in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften am Beispiel Mainz
Referentin: Myriam Lauzi
- Aufsuchende Jugendarbeit des Jugendamtes Koblenz
Referentin und Referent: Janine von Zabern und Chris Krauslach

Moderation: Dagmar Gendera, Regionale Programmleitung im Servicebüro Frankfurt von "Willkommen bei Freunden - Bündnisse für junge Flüchtlinge", Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Zusammenfassung der Workshop Erkenntnisse

Herausforderungen

- 22% Jugendliche in EAE (Land), 100 Jugendliche (1/6) in GU (Mainz)
- Überwiegend junge Männer aus Syrien und Afghanistan
- Berührungspunkte von Jugendliche untereinander (unterschiedliche Kulturen)
- Elternrolle wird auf der Flucht eingenommen (Ernährer, Beschützer)
 - Jugendliche haben nicht die Möglichkeit ihre Jugend auszuleben
- Sprachbarrieren
- Durch das Leben in Gemeinschaftsunterkünften wird eine Art „künstliches Zusammenleben“ erzeugt mit wenig Privatsphäre und Möglichkeiten der freien Entfaltung
- Aufklärung von Jugendlichen über Sexualität und Verhütung
- Informationsaustausch Land – Kommune bei der Verteilung im Rahmen der datenschutzrechtlichen Möglichkeiten
- Wenig Angebote für junge Männer und Frauen
- Alterseinschätzung von Jugendlichen
- Informationsaustausch und Vernetzung zwischen allen Beteiligten (Land, Kommune, Wohlfahrtsverbänden, etc.)

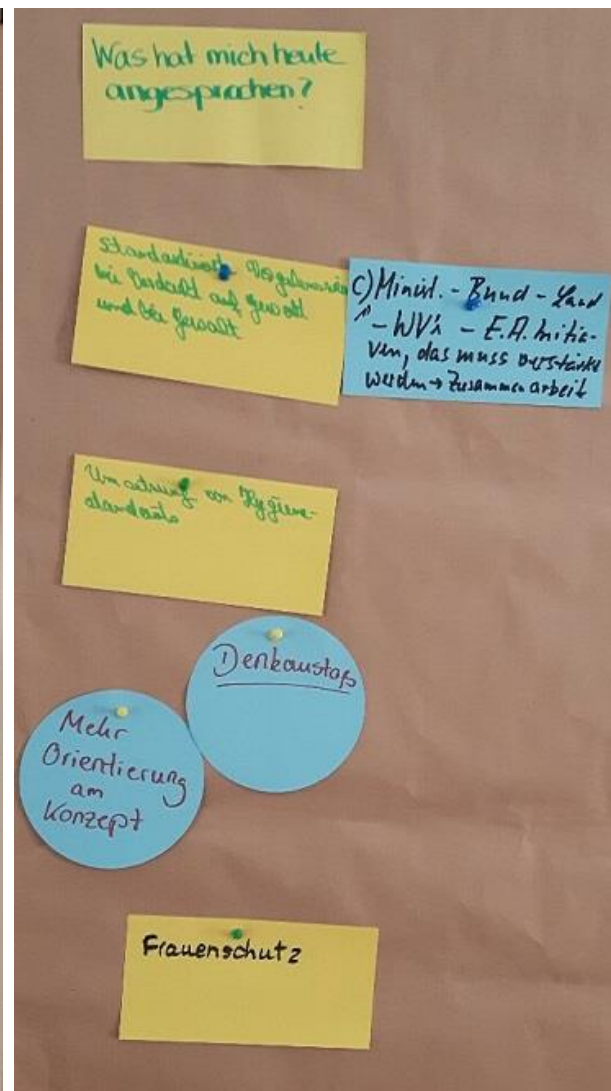
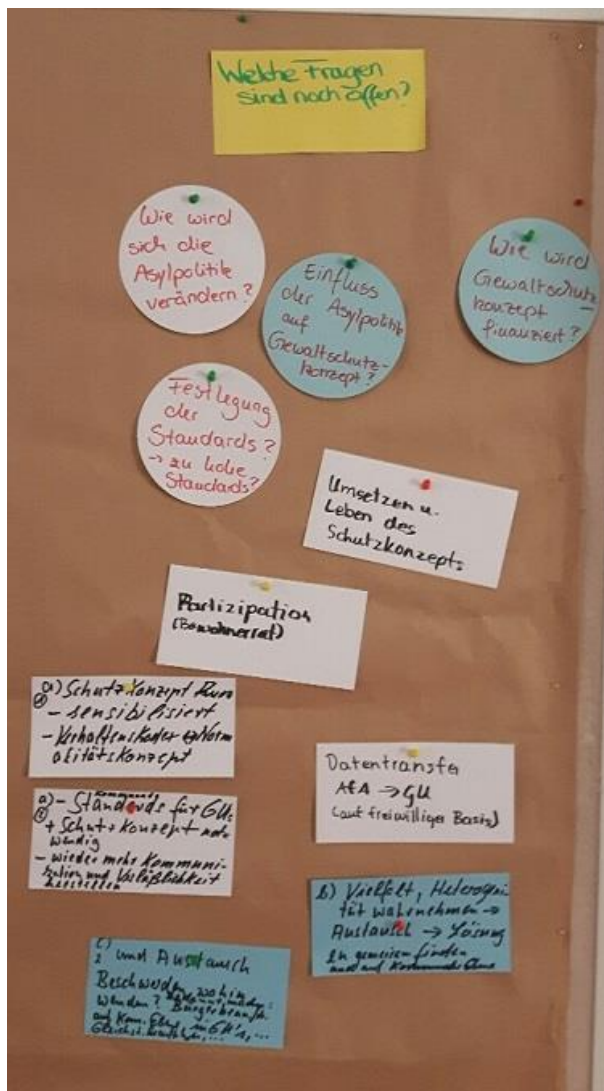
Vorhandene Lösungsansätze

- Angebote von Sport- und Freizeitaktivitäten
- Sprechstunden für Jugendliche in einladender Atmosphäre
 - Berührungspunkte abbauen
- Proaktive, aufsuchende Arbeit des Sozialdienstes
- Anbindung an örtliche Jugendzentren sicherstellen
- Kontakte zu deutschen Jugendlichen herstellen
- Jugendliche mit der Umgebung vertraut machen
- Gestaltung eines Jugendtreffs oder einer Disco mit Ehrenamtlichen
- Kochen für Jugendliche von Jugendlichen
- Durch Aufklärung Akzeptanz der Jugendlichen untereinander schaffen
- Versuch einer Unterbringung in Ganztagschulen ermöglicht schnellere Integration
- Rollenbilder aufbrechen
- Rituale schaffen und Vertrauen zu den Jugendlichen aufbauen
- Jugendrat in AfA´s einrichten (Partizipation)



Perspektiven – was wir noch tun können

- Forderung nach eindeutiger Asylpolitik und Bereitstellung von entsprechenden Mitteln durch den Bund
- Nutzung aller Integrationsmöglichkeiten durch eine flexible Reaktion auf die Fluchtstrukturen der Jugendlichen
- Verbesserung des Datentransfers zwischen Land und Kommune bei der Verteilung
- Durch weitere Regionalkonferenzen in engem Austausch bleiben
 - Vernetzung





Willkommen bei Freunden Bündnisse für junge Flüchtlinge

Sind noch offen?

Abteilung für Frauen
→ Sozialraum

BvB - Maßnahme Projekte

Wie wird sich die Asylpolitik verändern?

Einfluss der Asylpolitik auf Gewaltschutzkonzept?

Wie wird Gewaltschutzkonzept finanziert?

Festlegung der Standards?
→ zu hohe Standards?

Umsetzen u. Leben des Schutzkonzepts

Partizipation (Bewandnerrat)

0) Schutzkonzept kann
- sensibilisiert
- Vorkenntnisse/erfahren
- abilitätskonzept

1) - Standards für GfL
+ Schutzkonzept + mehr
Wichtig
- würde mehr Kommunikation
+ Interdisziplinäre
Koordination

Datentransfer
AEA → GfL
(auf freiwilliger Basis)

2) und Austausch
Beschwerden, welche
Wanderer? Bürgerrechte
auf dem Weg in GfL
Schutzkonzept

8) Vielfalt, Heterogenität wahrnehmen → Austausch → Lösung
In gewisser Hinsicht
auch auf kommunaler Ebene

sonst gut?

Arbeitskreis in GfL
Kommune Zusammenarbeit
mit der Polizei

praktische Umsetzung
vor der schriftlichen Umsetzung

architekturische Beratung

medizinische Versorgung
(ärztliche Versorgung)
(Beratung, med. Beratung, U-Untersuchungen, Kinder)

Quantität → Qualität (Gewaltschutzkonzept)

Vielen wurde bereits selbstverständlich umgesetzt, ohne Verschriftlichung

Information an Flüchtlinge bzgl. Regeln in Deutschland / Toleranzpaar

Frauentur bzw. Frauengebäude

bei Zimmerverteilung auf z.B. bewusst auf Pol...

Aufklärungsebene

Bereitsstellung von Information



Workshop 3 – Fokus „Frauen“ mit folgenden Beispielen:

- Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zu frauenspezifischen Schutzmaßnahmen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes
Referentin: Dr. Katja Horsch
- Wohngruppe für geflüchtete Frauen des Sozialdienstes Katholischer Frauen in Mainz
Referentin: Martina Hoche-Schüler
- Frauenvernetzungsstelle Gewaltschutz für geflüchtete Frauen
Referentinnen: Petra Wolf und Juliane Weber
- Projekt MiMi - MigrantInnen für MigrantInnen Schifferstadt
Referent: Dr. Tobias Vahlpahl

Moderation: Astrid Becker, Referatsleiterin Flüchtlingspolitik und Migrantenaufnahme, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

Zusammenfassung der Workshop-Erkenntnisse

Herausforderungen

- Die Frauen bringen häufig große und sehr unterschiedliche Belastungen mit, wie Gewalterfahrung, Gesundheitsprobleme, Sorge um die Familie
 - ganzheitlicher sozialpädagogischer Ansatz erforderlich
- In ländlichen Gebieten ist die Versorgung und Betreuung in der Fläche oft sehr schwer: fehlende ÖPNV, keine Sozialbetreuung, keine Ehrenamtler
- In den Ballungszentren fehlt oft geeigneter Wohnraum, daher ist ein längerer Verbleib in der Gemeinschaftsunterkunft oft unumgänglich
- Fehlende Dolmetscherinnen und Dolmetscher erschweren die Verständigung
- Die Bildungsvoraussetzungen der Frauen sind sehr unterschiedlich – je nach Herkunft; das hat Konsequenzen für die Integrationsfähigkeit

Vorhandene Lösungsansätze

- Unterbringung in gut ausgestatteten Gemeinschaftsunterkünften kann für viele alleinreisende Frauen hilfreich sein, weil bessere soziale Betreuung möglich (Bsp. Frauenwohngruppe des SKF in Mainz)
- Zusammenlegung ethnisch gleicher Gruppen und individuelle Bedürfnisse beachten
- In gemischten Unterkünften ist ein eigener Schutzbereich nur für Frauen erforderlich (Schutzkonzept des Landes)
- Begleitung auch nach Auszug in eigene Wohnung ist wichtig
- Der Besuch von Männern ist unter best. Voraussetzungen oder zu festen Zeiten möglich; es bedarf transparenter und verbindlicher Regeln (SKF)
- Telefondolmetschen kann gute Alternative sein, wenn Dolmetscherinnen und Dolmetscher vor Ort fehlen
- Fortbildungen für Ehrenamtliche und Hauptamtliche, z.B. zu Gewaltschutz haben sich bewährt; Netzwerke helfen. (Frauenvernetzungsstellen)
- Multiplikatorinnen/ Multiplikatoren und Mediatorinnen/ Mediatoren vermitteln in Muttersprache wichtige Infos und Hilfen und können wichtige Brückenbauer sein (MIMI-Projekt)



Perspektiven – was wir noch tun können

- Soziale Arbeit mit Geflüchteten erfordert einen ganzheitlichen Ansatz und muss sich als wichtiger Bereich der Sozialarbeit weiterentwickeln
- Ohne Ehrenamtliche geht es nicht, Ehrenamt braucht Würdigung und fachliche Unterstützung
- Fortbildungen für Ehren- und Hauptamtler sind eine Daueraufgabe und müssen auf die jeweiligen Herausforderungen angepasst werden
- Männer nicht vergessen: Männer- und Jungenarbeit ist ein wichtiger zu entwickelnder Bereich in der Arbeit mit Geflüchteten
- Multiplikatorenarbeit (wie das MIMI-Projekt) gilt es in andere Regionen zu tragen und auf andere Bereiche zu übertragen
 - Bildung, Arbeit etc.
- Schulung mit Regionalbezug
 - „Kurze Wege“



Willkommen bei Freunden
Bündnisse für junge Flüchtlinge

Impressum

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)

Tempelhofer Ufer 11

10963 Berlin

Kontakt

„Willkommen bei Freunden – Bündnisse für junge Flüchtlinge“ Servicebüro Frankfurt am Main (zuständig für Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

Leitung: Dagmar Gendera

Tel.: 069/2691478-21

Email: dagmar.gendera@dkjs.de

Regionalstelle Rheinland-Pfalz der DKJS

Leitung: Julia Schneider

Tel.: 069/2691478-52

Email: julia.schneider@dkjs.de